

*Hohe Rechtssicherheit —
Ausdruck des Lebensniveaus im Sozialismus*

Die sozialistischen Produktions- und Lebensverhältnisse, die politische Macht der Arbeiterklasse und die allseitige Humanisierung der gesellschaftlichen Beziehungen heben den Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft auf und entziehen der Kriminalität allmählich ihre sozialen Wurzeln. Auf Grund des Nachsvirkens von Rudimenten der Ausbeutergesellschaft, und der ständigen Infiltration solcher Rudimente von außen ist die Kriminalität zwar noch nicht völlig vermeidbar; aber es braucht in der sozialistischen Gesellschaft keiner zum Rechtsbrecher zu werden, weil es kraft des sozialistischen Humanismus selbst im Falle ernsthafter materieller Schwierigkeiten oder persönlicher Konflikte stets eine Alternative gibt, gesellschaftsgemäß zu handeln.

Dennoch werden westliche Massenmedien wie auch Kriminologen und Strafrechtler in ihren Versuchen nicht müde, uns in puncto Kriminalität in ein gemeinsames Boot zu ziehen. Tatsache aber ist, daß beispielsweise im Durchschnitt der ersten fünf Jahre dieses Jahrzehnts auf je 100 000 Bürger der BRD 2 755 Diebstahls- und Unterschlagungshandlungen, auf 100 000 DDR-Bürger hingegen 323 solcher Delikte entfielen. Die Diebstahlskriminalität ist also in der BRD um mehr als das Achtfache größer. Solche prinzipiellen Unterschiede gelten generell, sobald man die Kriminalität in der DDR und die in der BRD gegenüberstellt.

Anzahl der Straftaten, die im Gebiet der DDR pro Jahr im Durchschnitt festgestellt wurden:

Zeitraum	Straftatenzahl (Jahresdurchschnitt)	(Durchschnitt 1946-1948 = 100)	Straftaten je 100 000 Einwohner (Jahresdurchschnitt)
1946-1948	472 295	100	2 536
1950-1959	157 466	33,4	787
1960-1969	132 741	28,1	776
1970-1976	125 161	26,5	738

Anzahl der Straftaten, die in der BRD pro Jahr im Durchschnitt festgestellt wurden:

Zeitraum	Straftatenzahl (Jahresdurchschnitt)	(Durchschnitt 1954-1959 = 100)	Straftaten je 100 000 Einwohner (Jahresdurchschnitt)
1954-1959	1 679 031	100	3 146
1960-1969	1 984 511*	118,2	3 398
1970-1976	2 673 127	159,2	4 333

* seit 1963 ohne Verkehrskriminalität

Das reale Bild der Entwicklung der Kriminalität in der DDR bestätigt die Auffassungen der Klassiker des Marxismus-Leninismus, speziell die Leninsche Voraussage: „Wir wissen nicht“, schrieb W. I. Lenin am Vorabend des Roten Oktober, „wie rasch und in welcher Folge das geschehen wird, aber wir wissen,“ daß sie absterben“ wird.¹⁵

Innerhalb von drei Jahrzehnten ist es bei uns unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei gelungen, die Kriminalität auf etwa ein Viertel zu reduzieren und ihre gefährlichsten Formen, wie organisiertes und professionelles Gangstertum, zu überwinden. Eine vergleichbare Leistung kann in keinem kapitalistischen Land der Erde nachgewiesen werden.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurden im Jahre 1976 insgesamt 124 678 Straftaten festgestellt. In dieser Zahl sind auch die Verkehrsdelikte enthalten.

Unsere Erfolge bei der Bekämpfung der Straftaten sind das Ergebnis des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft, in dessen Verlauf die sozial-ökonomische Basis der Kriminalität beseitigt wurde, die soziale Geborgenheit für alle Bürger einen hohen Stand erreicht hat und die Menschenrechte voll gewährleistet werden.

Heute sind wir in der Lage, der Kriminalität zunehmend in ihrem Vorfeld zu begegnen. Zur Verwirklichung dieses Zieles sind gute Bedingungen herangereift. Dazu gehört u. a. die wachsende Bereitschaft der Werktätigen, aktiv und ideenreich an der Vorbeugung von Straftaten mitzuwirken. Einen hervorragenden Anteil an der Verhütung und Bekämpfung der Straftaten haben jene Bürger, die unmittelbar an der sozialistischen Rechtspflege teilnehmen. In der DDR gibt es 52 910 Schöffen, die als gleichberechtigte Richter an den staatlichen Gerichten Recht sprechen.

Eine besonders verantwortliche Aufgabe erfüllen die gesellschaftlichen Gerichte. In den 25 358 Konfliktkommissionen arbeiten zur Zeit 225 623 Bürger und in den 5 124 Schiedskommissionen 53 448 Bürger.

Im Jahre 1976 wurden den gesellschaftlichen Gerichten 23 114 Strafsachen übergeben.

Angesichts dieser Tatsachen haben es die bürgerlichen Schreiberlinge nicht leicht, der aufgeschreckten Öffentlichkeit in ihren Ländern das Anwachsen der Straftaten plausibel zu machen, ohne auf das soziale Wesen und die historische Bedingtheit der Kriminalität als einer von der antagonistischen Klassengesellschaft hervorgebrachten und ihr wesenseigenen Erscheinung einzugehen. Manche dieser Leute versuchen es deshalb mit einer Flucht nach vorn und geben die Verbrechensflut als Preis für die „Freiheit“ aus.

Indessen bekommen immer mehr Menschen in der imperialistischen Welt zu spüren, daß die Krisengesellschaft der Monopole nicht einmal die elementarsten Bedürfnisse nach einem Leben in Ruhe und Sicherheit befriedigen kann. Früher oder später werden sie auch begreifen, daß erst die „antisozialen Geburtsstätten des Verbrechens“ beseitigt werden müssen, bevor sie ohne Furcht vor der Kriminalität werden leben können. Zweifellos werden zu dieser Erkenntnis die Fortschritte beitragen, die der sozialistischen Gesellschaft bei der weiteren Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität gewiß sind.¹¹¹

- 1 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3. Juni 1977, S. 534.
- 2 Die Polizei (Köln/[West]-Beriin/Bonn/MiinChen) 1976, Heft 12, S. 421.
- 3 Der Tagesspiegel vom 29. Mai 1976.
- 4 Angaben nach R. Adam, „Die Kriminalität in den USA im Jahre 1975“, öffentliche Sicherheit (Wien) 1976, Heft 10, S. 12.
- 5 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3. Juni 1977, S. 536.
- 6 Bonner Rundschau (Bonn) vom 7. September 1971.
- 7 So Hamacher, „Prognose der Kriminalitätsentwicklung in der BRD“, Die Welt vom 11. Februar 1972.
- 8 Angaben nach R. Adam, „Zur US-Kriminalitätsbekämpfung“, Die Polizei 1976, Heft 4, S. 139.
- 9 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3. Juni 1977, S. 535.
- 10 Weser-Kurier (Bremen) vom 3. März 1977.
- 11 Ebenda.
- 12 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 3. Juni 1977, S. 535.
- 13 Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 9. Dezember 1976, S. 1254.
- 14 Vgl. Das Parlament (Bonn) vom 14. Oktober 1972.
- 15 W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 478.